



Suchergebnisse: Reaktion

Februar 1739 – Bauinspektion führt zur Absetzung Köglspergers

Berg am Laim * Als Reaktion auf Fischers Vorwürfe veranlasst Kurfürst Clemens August eine Bauinspektion durch François Cuvilliers. Die Untersuchung hat weitreichende Folgen: Philipp Jakob Köglsperger verliert seine Stellung als leitender Architekt des Bauvorhabens.

1789 – Antoine de Lavoisier veröffentlicht das erste Chemiebuch

xxx * Antoine de Lavoisier veröffentlicht seine „Elementare Abhandlung über die Chemie“ - das erste moderne Chemiebuch. Er ist der erste wirklich so zu nennende Chemiker. Seine neue Methode, chemische Reaktionen nicht nur qualitativ zu beschreiben, sondern auch quantitativ zu messen, bildet die Grundlage der modernen Chemie.

19. Juli 1833 – Die Bayern können aus dem Ausland demokratische Zeitungen beziehen

München * Die Beförderung der Post hat für Monarchen wie Ludwig I. einen sehr unerwünschten Effekt. Denn nun können die Bayern aus dem Ausland Zeitungen beziehen, die liberales und demokratisches Gedankengut transportieren. Das wachsende Informationsbedürfnis der Untertanen steigt und stellt die Regierung vor immer neue Probleme, da die herkömmlichen Mittel der Zensur nicht mehr greifen. Wie schwierig die Situation für die reaktionäre bayerische Verwaltung ist, zeigt die Anweisung an die Postämter, wonach schweizerische und französische Zeitungen vor der Auslieferung an die Zensurbehörde zu geben sind.

17. Oktober 1848 – Die Polizei hält sich zurück

München * Am Nachmittag des 17. Oktober 1848 ziehen erneut Menschenmengen durch München. Mit Johlen und Pfeifen fordern sie, den Preis für das Winterbier auf vier Kreuzer je Maß zu senken. Als ihre Forderung ohne Reaktion bleibt, eskaliert die Lage erneut: Fensterscheiben gehen zu Bruch, und Steine fliegen in die Wohnräume der Brauereibesitzer. Die zahlenmäßig unterlegene Münchner Polizei greift nicht ein. Ein Beobachter begründet diese Entscheidung später: „Ich habe nämlich eingesehen, die Gendarmerie in ihrer geringen Stärke dem Publikum gegenüber nichts auszurichten vermag, und dass deren Erscheinen und Einschreiten die Wuth



der Tumultanten nur vergrößern würde! Dieserhalb beließ man die Polizeitruppen in ihrem Hauptquartiere an der Weinstraße.“ Der Magistrat lässt sogar eine Kompanie Linieninfanterie vor der Polizeidirektion aufmarschieren, um das Gebäude und die dort versammelten Ordnungskräfte zu schützen. Später entsteht die Vermutung, der Regierung sei der Bierkrawall nicht ungelegen gekommen, weil er die Aufmerksamkeit von weitergehenden politischen Forderungen ablenkt. Ob die Behörden die Ausschreitungen tatsächlich aus diesem Grund dulden, lässt sich jedoch nicht belegen.

2. November 1848 – Die Reaktion holt zum entscheidenden Schlag aus

Berlin * Mit Blick auf die Vorgänge in Wien holt jetzt auch die preußische Reaktion zum entscheidenden Schlag aus. König Friedrich Wilhelm IV. den reaktionären Grafen Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit der Regierungsbildung. Außerdem sollt er die Verfassungsfrage unter Ausschaltung der Nationalversammlung lösen und „die Märzrevolution entschieden und siegreich stürzen“.

1849 – Die Paulskirchen-Verfassung will die Abschaffung der Todesstrafe

Frankfurt am Main * Im Paragraph 139 der Paulskirchen-Verfassung ist die Abschaffung der Todesstrafe vorgesehen. Die anschließende Reaktion führt sie jedoch wieder ein.

14. Juli 1849 – Die Landtagswahlen sollen andere Mehrheiten ermöglichen

Königreich Bayern * Die für diesen Tag angesetzten Landtagswahlen werden von der Staatsregierung sorgfältig vorbereitet. Sie setzt dabei vor allem auf den Einfluss der kirchlichen Oberhirten und Pfarrer sowie auf das Engagement der(höheren) Beamtenschaft. Der Regierung genehme Vereine werden gefördert; nach den Wahlen jedoch alle politischen Vereine wieder verboten. Die Wahlkreise werden erstmals von der Regierung nach wahltaktischen Gesichtspunkten gebildet. Eine Praxis, die die Regierung von nun an bis zur Wahlrechtsreform von 1906 beibehalten wird. Mit den so gewonnenen neuen Mehrheitsverhältnissen kann König Max II. eine Politik der Reaktion verfolgen und versuchen, die Änderungen der Bayerischen Verfassung wieder rückgängig zu machen.



24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München

München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umtriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umtriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

18. Juli 1870 – Die Unfehlbarkeit des Papstes wird beschlossen

Rom-Vatikan * Die Konzilsmehrheit beschließt auf dem Ersten Vatikanischen Konzil die „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Fragen des Glaubens und des Lebens der Christen sowie seine oberste und alleinige Rechtsgewalt in der Kirche. Ignaz von Döllinger sieht durch das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit die apostolische Tradition verraten. Doch die Reaktion der römischen Kurie folgt umgehend. Alle Katholiken, die aus Gewissensgründen die neuen Glaubenssätze nicht annehmen und ihnen öffentlich widersprechen, werden exkommuniziert, also aus der sakramentalen Gemeinschaft der Kirche ausgeschlossen.



März 1874 – Frühere Sperrstunden für den Salvatorausschank

München-Au * Als Reaktion auf wiederkehrende Ausschreitungen beschränken die Behörden die Ausschankzeiten während der Starkbiersaison. An Sonn- und Feiertagen sowie montags darf Salvatorbier nur noch bis 20.30 Uhr ausgeschenkt werden. An den übrigen Werktagen endet der Ausschank um 21.30 Uhr. Mit den vorgezogenen Sperrstunden soll verhindert werden, dass sich der hohe Bierkonsum bis tief in die Nacht fortsetzt und in Schlägereien oder andere Ausschreitungen mündet. Die Regelung zeigt, dass der Salvatorausschank bereits lange vor der „Salvatorschlacht“ von 1888 als Sicherheitsproblem gilt.

1880 – Antisemitismus wird gesellschaftsfähig

München * In den 1880er-Jahren entstehen zahlreiche antisemitische Vereine, Zeitungen und Parteien. Die Judenfeindschaft wird zunehmend gesellschaftsfähig. Gleichzeitig verbreiten sich pseudowissenschaftliche Rassentheorien, die Juden als „minderwertig“ darstellen. Je erfolgreicher und sichtbarer die jüdische Gemeinde Münchens wird, desto stärker werden auch die antisemitischen Gegenreaktionen.

14. November 1897 – Kaiser Wilhelm II. lässt die Kiautschou-Bucht besetzen

Kiautschou-Bucht - China * Nachdem am 1. November 1897 zwei deutsche Missionare ermordet worden sind, lässt Kaiser Wilhelm II. die Kiautschou-Bucht besetzen. Die Aktion ist jedoch keinesfalls eine spontane Reaktion auf die Ermordung der Deutschen, sondern nur der offizielle Vorwand eines über Jahre sorgfältig vorbereiteten Unternehmens.

27. Januar 1900 – Europäische Einrichtungen wollen vor den Boxern geschützt werden

Shandong - China * Die Kolonialmächte fordern die chinesische Regierung auf, europäische Einrichtungen vor den Boxern zu schützen. Im Frühjahr und Sommer 1900 führen Attacken der sogenannten Boxerbewegung gegen Ausländer und chinesische Christen zu einem Krieg zwischen China und den Vereinigten acht Staaten, die sich zusammensetzten aus dem Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Russland und den USA. Getragen wird der Boxeraufstand von den Verbänden für Gerechtigkeit und Harmonie. Die Boxer bekämpfen den europäischen, US-amerikanischen und japanischen Imperialismus. Die Bezeichnung Boxer bezieht sich auf eine traditionelle chinesische



Kampfkunstausbildung, die sich selbst als Yihetuan, also Verband für Gerechtigkeit und Harmonie, nennt. Bei den Boxern handelt es sich um eine soziale Bewegung die sich zwischen 1898 und 1900 als unmittelbare Reaktion auf die Krisenstimmung gegen Ende des 19. Jahrhunderts gebildet hatte. Ihr ursprünglicher Schwerpunkt lag in der Provinz Shandong, wo das Deutsche Reich einige Bergbau- und Eisenbahnkonzessionen besaß. Im Frühjahr und Sommer 1900 breitet er sich dann über weite Teile Nordchinas aus. Die Boxer machen die Ausländer und die chinesischen Christen für die Störungen der natürlichen Umwelt und der sozialen Harmonie verantwortlich. Sie fordern die Beseitigung der Feinde Chinas mit Gewalt, um die Harmonie wieder herzustellen und treten dabei als Unterstützer der herrschenden Qing-Dynastie auf. Eine ihrer Parolen lautet: „Unterstützt die Qing und vernichtet die Fremden.“

14. April 1914 – Erzherzog Franz Ferdinand besucht München

München-Ludwigsvorstadt * Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand trifft mit einem Sonderzug auf dem Münchner Hauptbahnhof ein. Der weithin als reaktionär geltende Erzherzog wird ein viertel Jahr später in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo samt seiner Ehefrau Sophie von Hohenberg Opfer eines Anschlags werden.

2. August 1914 – SPD-Abgeordneten stimmen gegen die Haushaltsgesetze

München * Anfang August schließt die Münchner Börse kurzfristig, um Panikverkäufe zu verhindern. Und selbst das bayerische Finanzministerium zeigte sich alarmiert: Es warnt davor, dass die Bürger die Banknoten zum Teil nicht mehr als Zahlungsmittel akzeptieren würden. Bei der Sitzung des Bayerischen Landtags stimmen die 21 anwesenden SPD-Abgeordneten gegen die Haushaltsgesetze. Das ist aber auch schon die einzige Reaktion gegen den Krieg. Die beiden Kammern des Landtags befassen sich ebenfalls nicht mit dem Krieg sondern mit ungleich wichtigeren Fragen, wie beispielsweise dem Verbot des freireligiösen Unterrichts oder der Beschneidung des Streikrechts der Staatseisenbahner.

4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in



der Notwehr; [lebhaft Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. [Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhaft Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

25. August 1914 – In Löwen [Leuven] kommt es vollkommen unerwartet zu Schusswechseln

Leuven * Am Abend kommt es in Löwen [Leuven] plötzlich und zu diesem Zeitpunkt vollkommen unerwartet zu Schusswechseln. Historiker gehen heute davon aus, dass es sich dabei um ein sogenanntes friendly fire, also ein eigenes Geschützfeuer handelte, bei dem deutsche Soldaten versehentlich eigene Kameraden beschossen haben. Doch damals hieß es, belgische Freischärler [sogenannte Franktireurs] haben angegriffen. Eine tragische Kettenreaktion kommt in dieser Nacht in Gang. Die größtenteils im Kampf unerfahrenen deutschen Soldaten dringen in ihrer Panik in die belgischen Häuser ein, in denen sie die Heckenschützen vermuten. In wilder Raserei nehmen sie Geiseln und töten Tausende Zivilisten, nachdem sie deren Wohnungen in Brand gesetzt haben. Immer mehr Gebäude im Zentrum Löwens fangen Feuer.

1. August 1917 – Papst Benedikt XV. fordert einen Frieden ohne Annexionen

Vatikan * Papst Benedikt XV. richtet einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte: „Soll denn die zivilisierte Welt nur noch ein Leichenfeld sein?“, fragt der Papst in seiner Friedensnote. „Soll das ruhmreiche und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, in den Abgrund rennen und Hand an sich selbst anlegen zum Selbstmord?“ Er ruft in seiner Friedensbotschaft zu einem Frieden ohne Annexionen auf, so „wie es jenem ziemt, der als der gemeinsame Vater alle seine Kinder mit der gleichen Liebe umgibt“. Doch sowohl die Entente wie auch die Mittelmächte glauben an ein Komplott und diffamieren Benedikt XV. als „Papst der



Gegner“. Für die Franzosen wird er zum „pape boche“; der deutsche Generalquartiermeister Erich Ludendorff spricht dagegen nur noch vom „Franzosenpapst“. Wohl am enttäuschendsten sind für Papst Benedikt XV. aber die Reaktionen der Bischöfe in den kriegführenden Ländern. Die meisten haben sich schon 1914 dem allgemeinen Hurratriotismus angeschlossen. Statt sich nun hinter ihr übernationales Oberhaupt der katholischen Kirche zu versammeln, geben sie sich nationalistisch. Nur im kriegsmüden Italien findet der Vorschlag große Zustimmung.

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

12. Oktober 1918 – USPD-Kritik an der Regierung mit MSPD-Beteiligung

Berlin * Ein Erlass legt die Amnestie der politischen Gefangenen in die Hand der einzelnen Landesfürsten. Diese Entscheidung stößt bei der USPD und in Teilen der MSPD auf starke Kritik. Auch an den geltenden Zensurbestimmungen ändert sich zunächst ebenfalls wenig. Als der USPD-Parteivorsitzende Hugo Haase daraufhin in einer öffentlichen Veranstaltung erklärt, dass noch immer „der alte reaktionäre Wind“ weht, wird die Versammlung aufgelöst. Auf die Vorwürfe, dass von einer Neuorientierung in der Innenpolitik noch nichts spürbar sei, reagierte die Regierung nicht.

4. November 1918 – Versammlung der Vertrauensleute der SPD und der Gewerkschaften

München-Ludwigsvorstadt * Im Mathäuserbräu findet eine gemeinsame Versammlung der Vertrauensleute der SPD und der Gewerkschaften statt. Sie fassen den einstimmigen Beschluss: „Da unter dem Streit zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen die Arbeiterinteressen



Schaden leiden, appellieren die Obleute an die Leitung beider Parteien, den Bruderkrieg einzustellen und die ganze Kraft des Proletariats zum Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind, Kapitalismus und Reaktion, zu vereinigen.“

6. November 1918 – Erhard Auer spricht zum Thema: Was wollen wir Sozialdemokraten?

München-Au * Im Franziskanerkeller spricht der SPD-Reichstagskandidat Erhard Auer zum Thema „Was wollen wir Sozialdemokraten“ und fordert die Abdankung des Kaisers und des deutschen Kronprinzen, die Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung, die Änderung des Mannschaftsbeschwerdegesetzes, eine Arbeitslosenversicherung und den Achtstundentag. Die Anwendung von Gewalt lehnt er ab.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Nottleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

10. November 1918 – In Berlin herrscht gelöste Feierstimmung

Berlin * Die Revolutionären Obleute stellen fest, dass sich die Stimmung in den Betrieben über Nacht verändert hat. Es herrscht gelöste Feierstimmung, man ist versöhnlich und dankbar dafür, dass die Revolution so wenig Opfer gefordert hat. Die meisten Zeitgenossen sind vom



vollständigen Sieg der Revolution überzeugt. Einen nachhaltigen reaktionären Rückschlag halten sie für unvorstellbar. Und tatsächlich ist der größte Teil der politisch und gesellschaftlich einflussreichen Kreise wie gelähmt. Das gilt auch für das vermögende und gebildete Bürgertum.

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

5. Februar 1919 – Die reaktionäre Presse verdreht Eisners Aussagen

München - Bern * Felix Fechenbach berichtet später über die im Volkshaus in Bern stattfindende Konferenz der Sozialistischen Internationale: „In der deutschen reaktionären Presse [...] wurde Eisners Aktion in Bern in das Gegenteil umgelogen. Man behauptete, er habe dort verlangt, die deutschen Gefangenen müssten erst Nordfrankreich wieder aufbauen, ehe sie nach er Heimat zurückkehren dürften. Alle unwahren Behauptungen, die damals über Eisners Auftreten in Bern verbreitet wurden sind seit dem zum eisernen Bestand der deutsch-nationalen und völkischen Agitation geworden.“

21. Februar 1919 – Ein Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners

München * In der Bevölkerung tritt ein jäher Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners ein. Eisner, der noch wenige Tage vor seiner Ermordung bespöttelt und als politisch gescheitert betrachtet wurde, ist nun auf einmal der „Märtyrer der Revolution“. Die erstaunliche Sympathie und Popularität, die der tote Ministerpräsident trotz aller vorausgegangenen Auseinandersetzungen um seine Person und seine Politik genießt, gründet vor allem darauf, dass man seine Ermordung als reaktionäres Komplott aufgefasst. Dem Toten wird in diesen Tagen als „Integrationsfigur des Proletariats“ eine fast kultische Verehrung entgegengebracht. Tausende von Münchnern besuchen den Schauplatz des Mordes. Noch an seinem Todestag wird



an der Stelle, an der Kurt Eisner tödlich zusammengebrochen ist, ein Totenmal errichtet, in dessen Zentrum ein überlebensgroßes, von einem Trauerkranz gerahmtes und auf einer Gewehrpyramide befestigtes Fotoporträt Kurt Eisners imaginäre Gegenwart symbolisiert. Dieser provisorische Epitaph entwickelt sich zu einem von Soldaten bewachten sakralen Bezirk. Die darin niedergelegten Blumengebinde und Kränze verstärken den Eindruck eines grabähnlichen Erinnerungsmales. Es besteht in dieser Form bis zum April. In seinem Roman „Wir sind Gefangene“ beschreibt Oskar Maria Graf auch die Ereignisse in der Nähe des Attentatortes: „Alle Menschen liefen mit verstörten Gesichtern stadteinwärts. Je weiter ich kam, desto aufgeregter wurde die dumpfe Hast. Vor dem Landtag ballte sich ein schwarzer Menschenknäuel, Soldaten und bewaffnete Zivilisten waren darunter. Ich stürmte weiter [...] an den Mordplatz. Da hatten sich Hunderte schweigend um die mit Sägspänen bedeckten Blutspuren Eisners zu einem Kreis gestaut. Fast niemand sagte ein lautes Wort, Frauen weinten leise und auch Männer. Etliche Soldaten traten in die Mitte und errichteten eine Gewehrpyramide. Viele legten Blumen auf den Platz, immer mehr und mehr.“

21. Februar 1919 – Josef Hofmiller: Kurt Eisner war Opfer der eigenen Politik

München-Haidhausen * Josef Hofmiller, nationalkonservativ gesinnter Gymnasiallehrer und Verfasser von Essays und Literaturkritiken, dazu Herausgeber der reaktionären Zeitschrift Süddeutsche Monatshefte, betrachtet Kurt Eisner in seinem Revolutionstagebuch als Opfer der eigenen Politik: „Eisner forderte durch sein ganzes Verhalten zu seiner gewaltsamen Entfernung heraus. Er erklärte bei jeder Gelegenheit, dass es ihm nicht einfalle, als Ministerpräsident zu gehen. Er hätte sicher noch die schwerste Opposition gemacht. Es war nicht möglich, mit ihm zu regieren; es wäre vermutlich nicht möglich gewesen, ohne ihn zu regieren, da er einen zwar kleinen, aber zu allem entschlossenen Anhang hinter sich hatte. Unzweckmäßig scheint mir, dass man ihn nicht früher beseitigte, und zwar auf vollkommen harmlose Weise. Der gegebene Augenblick wäre gewesen, als er von der Schweiz zurückkehrte. [...] Man hätte ihn z. B. zwischen Füssen und Murnau in irgendeine Jagdhütte des Ammergebirges bringen können, von ihm Verzicht auf sein Amt verlangen, ihn sodann über die Grenze schaffen, ihm seine Papiere usw. abnehmen. Inzwischen wären acht bis vierzehn Tage vergangen, der Landtag wäre eröffnet worden, und der Unruhestifter wäre ohne Blutvergießen erledigt gewesen. So wird sein gewaltsamer Tod einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Aber wäre dieser Bürgerkrieg nicht sowieso gekommen? Die Auseinandersetzung mit den Räten ist unvermeidlich. Es fragt sich jetzt nur, wer die Macht hat. Wer sie am Schluss haben wird, ist mir nicht zweifelhaft. Aber einstweilen kann es immerhin ein heftiges Durcheinander geben. Ich bedaure, dass wir heute nicht im ‚Union‘ zusammenkommen können, nachdem ich schon vor acht Tagen nicht dort war. [...] Ich habe den



Tod Eisners vorausgesehen und vorausgesagt.“

9. März 1919 – Angriff gegen die Aufständischen mit schweren Waffen

Berlin * Die Reichsregierung will als Reaktion auf den Guerillakrieg der Aufständischen diese mit einer Einschnürungsoperation niederkämpfen. Der Vorwärts erklärt seinen Lesern, dass das Ziel der Operation darin besteht, den Feind „konzentrisch einzuschließen und von allen Zufuhren abzuschneiden“. Es erfolgt ein fortgesetzter Angriff von Artilleriegeschützen, Mörsern, Maschinengewehren, Jagdflugzeugen und Handgranaten. Auf die zivile Bevölkerung wird in dem dicht bebauten Wohngebiet keine Rücksicht genommen.

18. März 1919 – Entsetzlich ist der Völkerkrieg, entsetzlicher der Bürgerkrieg

München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann meldet sich mit einer ersten Programmrede zu Wort. Er erklärt, dass die neue Regierung den Freistaat Bayern schützen wird „gegen jede Reaktion von rechts, aber auch verteidigen gegen die drohende Anarchie von links“, denn: „Entsetzlich ist der Völkerkrieg, entsetzlicher ist der Bürgerkrieg. Er muss für Bayern verhindert werden.“ Das ist möglich, wenn die neue Regierung tatkräftig handelt und die Siegermächte Nahrungsmittel sowie Rohstoffe ins Land lassen. Die Völker der Welt müssen sich versöhnen.

5. April 1919 – Errungenschaften der Revolution auf Dauer erhalten

München * Am 5. und 6. April findet der Gautag der Sozialdemokraten Südbayerns statt. Die Versammelten erklären sich mit der Errichtung einer Räterepublik einverstanden, wenn sich die drei sozialistischen Parteien [SPD, USPD und Kommunisten] an der Durchführung beteiligen. Es geht ihnen um den Erhalt der „Errungenschaften der Revolution gegen alle Anschläge der Reaktion“.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre



Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Baiern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der baierische Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Baierische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Baierische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Baiern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

26. April 1919 – Beunruhigend sind die beruhigenden Flugblätter

München-Haidhausen * Ein weiterer Tagebucheintrag von Josef Hofmiller, dem Herausgeber der reaktionären Süddeutschen Monatshefte, beschreibt die unsichere Situation der Bevölkerung: „Es wird allmählich das reinste Geduldsspiel: kommt sie, kommt sie nicht, nämlich die weiße



Garde? Wir wissen gar nichts. Am meisten beunruhigt, dass immer wieder beruhigende Flugblätter abgeworfen werden“.

28. April 1919 – Die Diktatur der Roten Armee beginnt

München-Graggenau * Noch vor der Wahl wird das Hofbräuhaus von Einheiten der Roten Armee umstellt. Diese fordern die sofortige Beseitigung der Polizei und die Ausstattung des Oberkommandos der Roten Armee mit allen Vollmachten, „um den erfolgreichen Kampf gegen die Weiße Garde und besonders gegen die innere Reaktion führen zu können“. Aus der Diktatur der Betriebsräte ist eine Diktatur der Roten Armee geworden. Unter ihrem Oberkommandierenden Rudolf Egelhofer ist die Wahl des neuen Aktionsausschusses mehr oder weniger gegenstandslos geworden.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter. Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern. Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmonate 1918/19 Freiheit und Leben“.

7. Mai 1919 – Josef Hofmiller analysiert die Lage der SPD

München-Haidhausen * Josef Hofmiller, der Herausgeber der reaktionären Zeitschrift Süddeutsche Monatshefte, analysiert die Situation: „Die Sozialdemokratie ist in einer Zwickmühle:



sie ist gezwungen Farbe zu bekennen, und diese Farbe ist nicht rot, wie die Masse geglaubt hat. Sie hat niemals gewagt, den trennenden Strich zwischen sich und den Kommunisten zu ziehen; die Leute aber, die die Regierung Hoffmann jetzt erschießen lässt, sind lauter Kommunisten. Die Sozialdemokratie hat die Massen immer auf den großen Kladderatsch [= eine alte, in der Kaiserzeit gebrauchte, humorvolle Bezeichnung für die Revolution] getröstet und scharf gemacht; jetzt, wo die Massen den Kladderatsch machen und ausnützen wollen, lässt sie auf sie schießen. Man sieht es jeder Nummer der ‚Münchener Post‘ an, wie greulich der offiziellen Sozialdemokratie die durch ihre eigene Schuld unheilbar gewordene Lage ist.“

28. Dezember 1921 – Löwenbräu und Bürgerbräu beschließen ihre Fusion

München * Die Generalversammlungen der Löwenbräu AG und der Bürgerbräu AG stimmen der Fusion der beiden Münchner Brauereien zu. Der Zusammenschluss ist eine Reaktion auf die tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg und stärkt die gemeinsame Position auf dem Münchner Biermarkt. Mit dem Fusionsbeschluss endet nach rund vier Jahrzehnten die Geschichte des Bürgerlichen Brauhauses als selbstständige Aktiengesellschaft. Die Tradition des alten Zengerbräu, aus dem das Bürgerliche Brauhaus hervorgegangen ist, setzt sich fortan unter dem Dach der Löwenbräu AG fort. Das heute von Löwenbräu gebrauchte Starkbier Triumphator geht auf das gleichnamige Märzenbier der Bürgerbräu AG zurück.

15. Mai 1933 – Die Reaktion auf Oskar Maria Grafts Nachverbrennungs-Aufruf

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten antworten auf Oskar Maria Grafts Nachverbrennungs-Aufruf derart: „Wir haben bisher die Bücher von Oskar Maria Graf [...] für viel zu unbedeutend gehalten. [...] Aber wenn der Herr Dichter durchaus will, nun wir sind gar nicht so. [...] Also hinein mit ihm ins Feuer!“

31. Juli 1966 – Beatles-Schallplatten öffentlich verbrannt

USA * Aufgrund der John-Lennon-Aussage, die Beatles seien „populärer als Christus“ verzichteten Radiosender im amerikanischen Bible Belt auf die Ausstrahlung von Beatles-Liedern. Beatles-Schallplatten und Fanartikel werden als Reaktion daraufhin öffentlich verbrannt.



16. Januar 1984 – Die bundesweit erste Regionalgruppe der Aids-Hilfe gegründet

München-Angerviertel * Im Vollmar-Haus wird die bundesweit erste Regionalgruppe der Aids-Hilfe gegründet. Die Gründung des Vereins ist „eine politische Reaktion auf eine noch nicht sichtbare Bedrohung“. Die Berichterstattung in Deutschland über Aids stellt einen Angriff auf die Münchner Schwulenszene und deren Lebensstil dar.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...]“
